Die Deutsch-Armenische Gesellschaft bezieht Stellung

Verhandlungen zwischen der Türkei und Armenien, Ratifizierung der Protokolle

Die Deutsch-Armenische Gesellschaft begrüßt die Intensivierung des Planes zur Grenzöffnung zwischen der Türkei und Armenien. Zweifellos eröffnen sich so bessere wirtschaftliche Perspektiven für die Armenierinnen und Armenier in der Republik Armenien.

Aber: Es darf dabei keine Trittbrettforderungen geben!

Die Faktizität des Genozids darf nicht grundsätzlich wieder zur Diskussion gestellt werden.

Das Thema Berg-Karabach darf nicht von türkischer Seite zur Bedingung für ein Gelingen der Protokolle gemacht werden.

Äußerlich scheint es so, als sei das ein Meilenstein im Annäherungsprozess der beiden Länder: Die Protokolle u. a. für die Grenzöffnung sind von den beiden Außenministern unterzeichnet worden.

Aber es braucht eben den Blick hinter den Kulissen.

Zum einen: Es gibt nach wie vor Hindernisse, die einer Einigung im Wege stehen.

Denn: Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Absprachen und Abkommen zwischen beiden Staaten schwierig sind.

Deutlich wird dies an den Äußerungen der Türkei zum Thema Völkermord.

Aus ihrer Sicht neutral und positiv formuliert sprechen sie sich für eine Einsetzung einer Kommission aus, die die Faktizität des Genozids überprüft bzw. untersucht.

Was sagt Hikmet Özdemir, Mitgestalter der Politik Ankaras: „Wir fordern eine offene, internationale Diskussion dieser Frage. Wir haben unsere Archive geöffnet. Wir fordern alle anderen Beteiligten auf, auch ihre Dokumente auf den Tisch zu legen. Und wenn dabei herauskommt, dass es einen Genozid gab, werden wir das akzeptieren."

Man könnte sagen: Nun gut, wird es verifiziert, dann wird die Türkei den Genozid anerkennen und damit Armenien als gleichberechtigten Partner wahrnehmen. Sollte man meinen. Wären da auf der anderen Seite nicht Äußerungen aus dem Munde höchster politischer Vertreter, die die Wirklichkeit so sehr verdrehen, dass wir gezwungen sind zu sagen: Den Worten können wir keinen Glauben mehr schenken.

Wie kann ein Premierminister, der sich an einem Abend noch für die Unterzeichnung eines solchen Vertrages einsetzte, ein paar Tage später mit absoluter Ignoranz davon sprechen, „dass – was immer in der sudanesischen Provinz Darfur geschehen ist – schon deshalb unmöglich Völkermord sein kann, weil Muslime generell unfähig zum Völkermord sind".

Da können wir nur feststellen: Anscheinend liegt hier eine solche Kälte vor, die jedes Gespräch unmöglich macht.

Das ist das Schwierige im Umgang mit der Türkei. Nicht, dass es Signale auf politischer Ebene zum Gespräch gab und gegenseitige Besuche beim Fußballspiel. Nein, das sind Punkte, die nur positiv zu interpretieren sind.

Der Punkt, der es schwierig macht, ist, dass man sich auf solche Äußerungen nicht verlassen kann. Sie erscheinen willkürlich. Es ist keine durchgängige Linie erkennbar.

So war es ein erneuter Vertrauensbruch, zur Unterzeichnung der Protokolle weitere Erklärungen mitzubringen, die wieder Grundsätzliches in Frage stellten – auch wenn man sich im Vorfeld darauf geeinigt hatte, die Themen Genozid und Berg-Karabach außen vor zu lassen.

Da schleicht sich doch der Gedanke ein, dass das Ganze ein politischer Schachzug sein könnte, um die Türkei im Umfeld der EU endlich stabiler aufzustellen, damit der ersehnte Beitritt in die EU näher rückt. Hinzu kommen geopolitische Aspekte, wonach die Türkei zur Regionalmacht im Kaukasus sowie im Nahen Osten aufsteigen bzw. sich etablieren möchte. Der Krieg zwischen Georgien und Russland dürfte die Türkei sowohl in ihren politischen als auch wirtschaftlichen Interessen und Zielsetzungen in dieser Region deutlich erschreckt haben, wodurch sich der Verdacht einschleichen könnte, dass sie sich nunmehr aus diesem Grunde veranlasst sieht, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Armenien aufzunehmen.

Es erfordert das Rückgrat aller, an dieser Stelle aus politischen Interessen nicht einzuknicken, und die Türkei weiterhin aufzufordern, den Genozid als Tatsache nicht länger zu leugnen. Immerhin sind viele Staaten – nämlich alle, die eben diesen anerkannt haben – plötzlich in der Lage, dass ihre Äußerungen ebenfalls in Frage gestellt werden. Und es stellt sich doch die Frage, ob wir uns so vorführen lassen wollen von einem Land, was starkes Eigeninteresse an einer positiven Entwicklung hinsichtlich des Beitritts in die EU sowie zum Aufstieg zu einer Regionalmacht hat.

Gegenargument gegen eine „harte Linie" ist immer die schwierige wirtschaftliche Lage Armeniens. Sicher ist es Fakt, dass Armenien nichts nötiger braucht als die Öffnung der Grenzen, eine Normalisierung der Kooperation. Aber dennoch sollte man nicht außer Acht lassen, dass die Türkei ein großes Eigeninteresse hat, endlich als EU-Land anerkannt zu werden. Es wird sich zeigen, wie das Parlament in Armenien entscheiden wird.

Und an dieser Stelle sind wir als Vertreterinnen einer Demokratie aufgefordert, wirklich gewissenhaft zu überprüfen, ob eine Aufnahme eines Landes in die EU befürwortet werden kann, das an vielen Stellen die Menschenrechte nicht anerkennt - und gegen diese verstößt! Wenn wir an dieser Stelle unser Gut der Demokratie aufgeben, wessen Lied singen wir dann?

Der Verzicht auf die weiteren Erklärungen hat die Ratifizierung der Protokolle möglich gemacht – die Probleme hat er damit nicht aus der Welt geschafft!

Die internationale Presse und Öffentlichkeit hat die Aufgabe, wie schon die vielen eindeutigen Stellungnahmen zum Völkermord zeigen, eindeutig dazu Position zu beziehen und ihre Haltung der Türkei gegenüber deutlich zu vertreten!